Garanten für den Fortbestand des Brüningkurses gegen den Volkswillen sahen. Es ist aber der Gipfel der Demagogie, wenn sie nun seine Wahlgegner verantwortlich machen wollen für die Auswahl der Männer, denen der Reichspräsident in wahrer Ueberparteilichkeit sein Vertrauen geschenkt hat.

Das andere Schlagwort, das die versprengten Schäflein wieder in den SPD.-Stall treiben soll, heißt „Tolerierung". Man glaubt nicht, was die nationale Opposition in der kurzen Zeit des Papenregiments alles toleriert haben soll. Denn nur von diesen sechs Wochen ist die Rede; die ganze ruhmvolle Tolerierungsvergangenheit der Sozialdemokratie, überhaupt die 14 Nachkriegsjahre sollen aus dem Gedächtnis des Volkes gestrichen sein. Und von allen Steuernotverordnungen steht nur die eine zur Kritik, die von Papen, als dem Konkursverwalter der Brüningerbschaft, herausgegeben wurde. Das könnte den Herrschaften so passen, wenn ein guter Geist die Erinnerung an das Sündenregister der Sozialdemokratie aus dem Volkshirn tilgen könnte. Diese Rechnung, die mit dem 9. November 1918 beginnt, wird jetzt aufgemacht werden, ob sie es wollen oder nicht. Aber auch die bloße Erinnerung an die letzten sechs Wochen genügt, um die Lüge von der Tolerierung zu fällen. Wie war es denn an jenem denkwürdigen 30. Mai, als Brüning den letzten Gang zu Hindenburg antrat? Hatte er da nicht seine 5. Steuernotverordnung in der Tasche, die der Papenschen glich wie ein Ei dem andern, und mußte er nicht deshalb gehen, weil der Reichspräsident ihm die Unterschrift dazu verweigerte, wohl nicht zuletzt aus dem Grunde, weil Brüning im Präsidentschaftskampf das Gegenteil von dem versprochen hatte, was nun der Inhalt dieser Notverordnung war? Und hätte die Sozialdemokratie nicht auch diese, von Papen unter dem Zwang der Kassenleere mit einigen Veränderungen herausgegebene Notverordnung toleriert, wenn sie nur gedurft hätte, wenn ihr nicht durch Brünings Sturz die Gelegenheit dazu, sehr gegen ihren Willen, genommen worden wäre? Und nun haben die Erfinder und Bahnbrecher der feigsten Tolerierungspolitik die Stirn, die anderen, Nationalsozialisten und Deutschnationale, der Tolerierung zu zeihen, die ihrerseits noch keine Möglichkeit hatten, ihre Ablehnung einer solchen Steuerpolitik in der Form der parlamentarischen Ablehnung zum Ausdruck zu bringen. Obwohl bereits Gerichte durch einstweilige Verfügungen verboten haben, diese Behauptung zu verbreiten, wird das Tolerierungsgeschwätz bis zum Wahltage weitergehen. Wie paßt es aber dazu, daß einzelne Zeitungen der SPD. wieder die Regierung anklagen, sie erfülle den Nazis alle ihre Wünsche umsonst: sie dulde es, daß die Nazi trotzdem in Opposition bleiben und die Regierung Papen—Schleicher nicht einmal tolerieren? Merken sie nicht, wie instinktlos sie mit dieser Widerlegung ihrer eigenen Parole der nationalsozialistischen Agitation in die Hände arbeiten?

Den geplagten und verzweifelten Führern der Sozialdemokratie fällt einfach nichts mehr ein. Sonst könnten sie nicht auf den hilflosen Gedanken kommen, die Aeußerlichkeiten, mit denen die nationalsozialistische Propaganda Erfolg gehabt hat, mit unzureichenden Gegenstücken nachzuäffen. Man beobachte die Erscheinungen des Wahlkampfes und man wird überall auf diese stumpfsinnigen Nachahmungen stoßen. Der militärische Anstrich von Kundgebungen ist ja auch bei den pazifistischen Organisationen der Linken nicht mehr neu; allerdings ist das soldatisch Disziplinierte hier nicht Gesinnung, sondern Reklame. Die geschäftstüchtigen Regisseure der Eisernen Front haben bemerkt, daß solches Gebaren der Volksstimmung entgegenkommt, nur gelingt es mit dem roten Material nicht recht: es bleibt eben trotz allem Tamtam und Tschingtara ein unordentlicher, mehr abstoßender als anziehender Haufen. Und der Gegensatz zu wirklichem Soldatentum im Stahlhelm und in der SA. wird in solchen Schaustellungen nur um so wirkungsvoller. Neuerdings werden aber auch alle Einzelheiten der gegnerischen Propaganda sklavisch kopiert. Die Rolle des Hakenkreuzes sollen die drei Pfeile spielen, die schon wieder den Hammer als Kampfzeichen der „Eisernen Front" verdrängt haben. Dieser ständige Wechsel in den Symbolen zeugt nicht von werbender Kraft. Auch die drei Pfeile üben nicht mehr suggestive Wirkung aus, ob sie nun auf den roten Fahnen, auf den Zeitungen, Flugblättern oder Klebezetteln prangen. 30 Millionen kommen in Blech gestanzt zur Verteilung, und man hört, daß sie „die geistig-politischen, die wirtschaftlichen und die physischen Grundlagen der republikanischen Abwehrbewegung" bedeuten, und nicht etwa die drei großen S. Max, Leo und Willy Sklarek. Dann kann's ja nicht fehlen. Noch dazu, wo die „Eisernen" jetzt Freiheit rufen statt Frei heil und die linke Faust zum Erkennungsgruß bellen, um der erhobenen rechten Hand des „Faschisten"grußes wirkungsvoll zu begegnen. Und wo zu guter Letzt noch sozialdemokratische Zeitungen in dicken Schlagzeilen dem Volk zurufen: Deutschland erwache!

Das sind Mätzchen? Gewiß, aber auch Zeichen. Beweise dafür, daß sich der Marxismus trotz seines lauten antifaschistischen Geschreis völlig in geistige Abhängigkeit vom Nationalsozialismus begeben hat. Er kopiert ihn, um sich zu retten. Aus dem Kampf der Geister macht er einen blöden Massenrummel. So tief schätzen die sozialdemokratischen Parteiführer das deutsche Volk immer noch ein, daß sie glauben, mit Stumpfsinn die erwachten nationalen Kräfte bändigen zu können. Sie werden staunen am 31. Juli.

Die Osthilfe wird auf Ostbayern ausgedehnt

Die Beratungen des Kabinetts

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 16. Juli. Das Reichskabinett hielt am Sonnabendvormittag eine Sitzung ab, in der der nach Berlin zurückgekehrte Reichskanzler von Papen den Kabinettsmitgliedern einen Ueberblick über die mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg in Neudeck gepflogenen Verhandlungen gab.

Danach wurde beschlossen, dem Reichspräsidenten eine Verordnung über die Ausdehnung der Osthilfemaßnahmen auf die östlichen Gebietsteile Bayerns zur Genehmigung und Unterzeichnung vorzulegen.

Zu der bereits jetzt in Linkskreisen aufgestellten Behauptung, daß es sich dabei offenbar um ein „politisches Geschäft" handele, wird von zuständiger Stelle nachdrücklich versichert, daß für die Entscheidung des Kabinetts lediglich rein sachliche Gründe maßgebend waren. Das Kabinett habe, so wird weiter angeführt, nicht einmal eine neue Verordnung ausgearbeitet, sondern zur Behebung der tatsächlich in den östlichen Gebietsteilen Bayerns vorhandenen Notlage auf einen schon von den früheren Kabinetten ausgearbeiteten Entwurf zurückgegriffen.

Weiter wurde in der heutigen Kabinettssitzung vereinbart, daß weder der Reichskanzler, noch der Außenminister von Neurath sich zur Teilnahme an der Abrüstungskonferenz nach Genf begeben.

Severing mobilisiert seine Beamtenschaft

Berlin, 16. Juli. Der preußische Minister des Innern hat, wie wir erfahren, sämtliche politischen Beamten, die sich auf Urlaub befinden, telegraphisch zurückgerufen.

Sachsens Vertreter auf der Konferenz der Ernährungsminister

Dresden, 16. Juli. Wie die sächsische Staatskanzlei mitteilt, wird an der Konferenz der Ernährungsminister der Länder, die vom Reichsernährungsminister für nächsten Dienstag und Mittwoch nach München einberufen worden ist, für Sachsen Wirtschafts- und Finanzminister Dr. Hedrich teilnehmen. Er wird von Ministerialrat Dr. v. Wenckstern aus dem Wirtschaftsministerium begleitet werden.

Die Wahlparole des Stahlhelms

Berlin, 16. Juli. Die Bundesführer des Stahlhelms, BdF., erlassen zu den bevorstehenden Reichstagswahlen folgende Verlautbarung: Zu den am 31. Juli stattfindenden Reichstagswahlen erklären wir, wie bei allen großen Wahlen: Wahlpflicht ist Vaterlandspflicht. Jeder Stahlhelmkamerad wählt eine Liste der nationalen Bewegung. Um aber schädliche Splitterungen zu vermeiden, empfehlen wir den Kameraden, sich für eine der beiden großen, in ihrem Hochziel einigen nationalen Parteien, für die NSDAP. oder für die DNVP., also für Liste 2 oder 5, zu entscheiden.

Der Wahlkampf

Berlin, 16. Juli. In einer Wahlkundgebung der DNVP. in Detmold sprach Geheimrat Hugenberg. Er hob hervor, die nationale Front müsse jetzt die Größe der bevorstehenden Aufgaben erkennen, damit das Ziel nicht verfehlt würde. Wer sich zur Macht berufen fühle, der müsse auch beweisen, daß er das sittliche Recht zur Macht habe, und daß es ihm dabei nicht in erster Linie auf die Partei ankomme, sondern auf den alles beherrschenden Gesichtspunkt des Volkes.

In einer Wahlversammlung der DVP. in Hamburg sprach Prof. Dr. Moldenhauer, der unter anderem darauf hinwies, daß der neue Reichstag zunächst einmal zu dem Abkommen von Lausanne Stellung nehmen müsse. So sehr die Deutsche Volkspartei bedaure, daß es dem Reichskanzler v. Papen nicht geglückt sei, die politischen Forderungen durchzusetzen, so sehr müsse anerkannt werden, daß die finanzielle Regelung der Frage einen Fortschritt für Deutschland bedeute.

In einer Wahlversammlung der Bayrischen Volkspartei in Nürnberg gab Prälat Leicht der Auffassung Ausdruck, daß sich der neue Reichstag aus 220 bis 240 Nationalsozialisten und Deutschnationalen, über 200 Sozialdemokraten und Kommunisten und aus über 100 Angehörigen des Zentrums, der Bayrischen Volkspartei und der anderen Mittelparteien zusammensetzen werde. Diese 100 Mittelparteiler würden stets den Ausschlag gegen Terror und Diktatur geben.

In einer nationalsozialistischen Kundgebung in Königsberg betonte der Landtagsabgeordnete Kube, die Nachgiebigkeit des Kabinetts v. Papen zeuge davon, daß kein Nationalsozialist in ihm sei. Gregor Straßer warnte die Regierung in einer Wahlkundgebung in Bielefeld, den kommunistischen Terror länger auf deutscher Erde zu dulden. Es könne sich nur noch um Tage handeln, bis der Bogen überspannt sei. Aehnlich äußerte sich Rechtsanwalt Frank II auf einer nationalsozialistischen Kundgebung in Braunschweig. Er kündigte Selbsthilfe gegen den Terror an.

Das deutsche Handwerk will leben!

Berlin, 16. Juli. Der Reichsverband des deutschen Handwerks tritt mit einem Programm an die Oeffentlichkeit, in dem die wirtschaftspolitischen Grundforderungen des Handwerks zusammengefaßt sind. Die Pflege der lebendigen Produktivkräfte des Volkes müsse die erste und vornehmste Forderung jedweder Wirtschafts- und Sozialpolitik sein. Der Reichsverband fordert demgemäß die Anerkennung der Volkswirtschaft als der wirtschaftlichen Organisation des deutschen Volkskörpers

auf der Grundlage der Privatwirtschaft.

Die weitreichende Interventions- und Subventionspolitik der Nachkriegszeit, die dem Staate ein immer stärkeres Eindringen in die Wirtschaft ermöglicht habe, sei abzulehnen. Unter unbedingter

Ablehnung aller sozialistischen Tendenzen

müsse eine neue Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Volkswirtschaft und die Anerkennung der selbstverantwortlichen Unternehmertätigkeit gefordert werden. Das deutsche Handwerk verlange ferner entgegen der ungesunden Konzentrationspolitik der Nachkriegszeit die Förderung einer dezentralisierten Gütererzeugung und Güterverteilung.

Der Reichsverband lehnt die auf völligen Abschluß der deutschen Volkswirtschaft vom Ausland gerichteten Bestrebungen ab. Daß dem deutschen Erzeugnis in allen Zweifelsfällen der Vorzug vor dem Auslandserzeugnis zu geben ist, hält er für eine nationale Selbstverständlichkeit.

Die Versuche, private Zahlungsverpflichtungen durch Währungsmaßnahmen abzubürden, seien wegen ihrer unabsehbaren Folgen verderblich. Der Reichsverband fordert eine

Kreditpolitik, die eine organisch gesunde und in den Zinssätzen tragbare Kreditorganisation sicherstellt.

Notwendig sei es, den gesamten Berufsstand des Handwerks in der Form öffentlich-rechtlicher Selbstverwaltungskörper aktiv unter voller Selbstverantwortung in die Wirtschafts- und Sozialpolitik einzuschalten. Für unabweisbar hält der Reichsverband des deutschen Handwerks nach wie vor eine Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen und der freien Berufsvertretungen, um die Willensbildung des selbständigen Handwerks nach Inhalt, Ausdruck und Wirkung einheitlich und schlagkräftig zu erhalten.

Richtige und verkehrte Siedlungspolitik

Dresden, 16. Juli. Vom „Nationalen Deutschen Siedlerbund" wird uns geschrieben: Die großen Fehler die bisher in der Siedlungspolitik während des letzten Jahrzehnts begangen wurden, haben dem Reich, den Städten und dem Volk kostbare Zeit, wertvolle Kraft, viel Geld und Nerven gekostet. Alle diese Werte hätten, sinngemäßer angewandt, ein gut Teil deutscher Bürger vor großem Elend bewahren können und anderseits die Wohlfahrt der Städte und des Reiches entlastet.

Die Stadtrandsiedlung in Berlin, die jetzt zum Teil fertiggestellt ist, beweist das. Dem etwas oberflächlichen Beschauer mag es als eine sozial-wirtschaftliche Tat erscheinen. Hunderten von Familien ein Heim mit einem Garten von etwa 500 Quadratmeter geschaffen zu haben. Aber die monatlichen Lasten eines derartigen Siedlers belaufen sich auf etwa 20 Mark (für die ein- bis zweiprozentige Verzinsung des erforderlich gewesenen Kapitals von 2000 bis 3000 Mark Versicherungsgelder, Straßenbeleuchtungs- und Verwaltungskosten und 4 Pf. Pacht pro Quadratmeter Gartenland). Diese Verpflichtung und den Lebensunterhalt aus dem kleinen Stück Land herauszuwirtschaften wird selbst dem fleißigsten und tüchtigsten der Siedler unmöglich sein. Die Folge davon ist, daß die Unterstützungsgelder in voller Höhe weiterbezahlt werden müssen, um den Siedler nicht noch in größeres Elend zu stürzen als zuvor. So wurden also Werte geschaffen, aber die Wohlfahrt der Städte nicht entlastet. Der Nationale Deutsche Siedlerbund beabsichtigt dagegen seinem Siedler zu der Heimstätte unbedingt soviel Land hinzuzugeben, daß seine Existenz als Siedler tatsächlich gesichert ist. Durch großzügige Besiedlung unserer brachliegenden Länder, vornehmlich im Osten, können Erwerbslose aller Stände und Berufe auf eigener Scholle ansiedeln.

Zwei Millionen Hektar deutsche Moorfläche warten auf ihre Urbarmachung.

Nur ein Bruchteil derselben dient jetzt als Versuchsgebiet für die Land- und Forstwirtschaft oder technisch zur Verwertung der Moorsubstanz durch Torfbrikettierung und Torfvergasung. Welche ausgedehnten Arbeitsflächen sind auf deutschen Mooren vorhanden, auf denen ein nationales Kulturwerk entstehen kann. Für Hunderttausende deutsche Bürger ist hier Raum zu einer gesunden Entfaltung aller Kräfte. Holland hat uns durch die Ausnutzung seiner Moore für gärtnerische Zwecke ein gutes Vorbild gegeben. Es ist höchste Zeit, daß der Erkenntnis im Volk die Tat folgt.

Vor entscheidenden Kämpfen in Genf

Genf, 16. Juli. Die vertraulichen Verhandlungen zwischen den Abordnungsführern über die Vertagungsentschließung der Abrüstungskonferenz werden mit Nachdruck fortgeführt. Herriot und Paul Boncour treffen am Montag in Genf ein. Macdonald wird Mitte nächster Woche erwartet. In Konferenzkreisen verstärkt sich der Eindruck, daß schwere Kämpfe bevorstehen.

Die Frage der Gleichberechtigung Deutschlands

auf der Abrüstungskonferenz rückt jetzt in den Mittelpunkt der Entscheidungen. Die Mitarbeit Deutschlands an den einzelnen Punkten des künftigen Abrüstungsabkommens ist vollständig ausgeschlossen, wenn die Konferenz jetzt nicht eindeutig feststellt, daß das Abrüstungsabkommen in gleicher Weise für sämtliche Konferenzmächte gilt und damit für Deutschland an die Stelle des Teiles 5 des Versailler Vertrages tritt. Auf französischer Seite besteht die Tendenz, erst am Schluß der Konferenz die Gleichberechtigungsfrage in negativem Sinne zu entscheiden, um dann im Falle einer Ablehnung dieses Abkommens durch Deutschland die Verantwortung für den Zusammenbruch der Abrüstungskonferenz Deutschland zuzuschieben. — Dagegen werden

auf deutscher Seite folgende Forderungen

gestellt werden: Die weitere Mitarbeit Deutschlands an der Abrüstungskonferenz hängt von der Feststellung der deutschen Gleichberechtigung ab. Falls diese in dem gegenwärtigen Abschnitt der Konferenz nicht mehr möglich ist, muß die Abrüstungskonferenz sogleich nach ihrem Wiederzusammentritt die Gleichberechtigungsfrage vor allen anderen Fragen entscheiden. Eine fristlose Vertagung der Konferenz kann auf deutscher Seite unter keinen Umständen zugelassen werden. Die Abrüstungskonferenz muß noch in diesem Jahr an einem bereits jetzt festzusetzenden Zeitpunkt zusammentreten. **Aus einer Verweigerung der deutschen Gleichberechtigung kann Deutschland nur die unvermeidliche Folgerung eines Bruches der internationalen Verpflichtungen des Völkerbundsvertrages und des Versailler Vertrages durch die anderen Mächte und damit eine Befreiung von den ihm auferlegten Bindungen ziehen.**

Höllenmaschine im rumänischen Wahlkampf

Drei Tote und mehrere Schwerverletzte

Bukarest, 16. Juli. Der Wahlkampf in Rumänien nimmt immer schärfere Formen an. In Backau überbrachte ein Unbekannter dem Spitzenkandidaten der nationalzaranistischen Partei, dem Pfarrer Magiresen, ein Paket, das bei der Oeffnung explodierte. Der Pfarrer, seine Frau und seine beiden minderjährigen Kinder sowie eine Dienerin wurden schwer verwundet. Die Mutter und die Kinder sind bereits tot. An dem Aufkommen der anderen wird gezweifelt. Die Attentäter, ein Notar und ein Gendarm, die der Duca-Liberalen Partei, nahestehen sollen, wurden verhaftet.

Rumänien wird von einer neuen Hitzewelle heimgesucht. Die Temperatur stieg am Freitag auf 51 Grad.

Der Kartoffelkäfer bei Frankfurt festgestellt

Offenbach, 16. Juli. Der gefährliche Kartoffelkäfer wurde in einem Kartoffelstück nahe an der Frankfurter Gemarkungsgrenze festgestellt. Die Larven wurden sofort den behördlichen Stellen übersandt und die entsprechenden Vorsichtsmaßnahmen getroffen.

Englisch-irischer Zollkrieg bereits im Gange

London, 16. Juli. Das Inkrafttreten der englischen Sonderzölle auf irische Waren hatte am Freitag eine beinahe vollkommene Einstellung des Warenverkehrs von Irland nach England zur Folge. Eine einzige Fracht von Dublin traf in Liverpool ein. Die Cinde-Schiffahrtsgesellschaft sah sich gezwungen, ihren gesamten Frachtverkehr zwischen Waterford und Bristol einzustellen, so daß mit der Entlassung vieler Angestellter gerechnet wird. Pferdewagen mit Milchladungen, die die Grenze von Ulster überschritten, wurden wieder zurückgeschickt, da Pferde dem 20prozentigen Zoll unterliegen. Die Sendungen wurden darauf mit Lastkraftwagen befördert. Die Preise für Eier und Schweinefleisch haben in Irland sofort auf die neuen Zölle reagiert und sind infolge Ueberangebots im eigenen Land ganz beträchtlich gesunken.

Kenner bevorzugen „Schorle-Marie", aber nur mit echtem „Briesnitzer"
(Lassen Sie sich keinen künstlich hergestellten Ersatz aufdrängen)